

## Warum wurde ein Antrag auf eine Außerordentliche Mitgliederversammlung gestellt?

- Weil es die Statuten unseres Vereins IFE-AIDE in **dringenden Fällen** vorsehen,
- Und weil **eine Dringlichkeit** bestand, die von den Verantwortlichen IFE-AIDE/der Kommission Redevance initiierten Verhandlungen zu stoppen (im Frühjahr).

### Was die Methode angeht:

- Der Präsident von IFE hat, bevor überhaupt die Verhandlungen begannen, insgeheim eine Vereinbarung unterzeichnet, die dem Verein untersagt, vor Gericht zu gehen (02/2014). Das geschah schon vor der Oster-Mitgliederversammlung! Auch wenn ein Prozess nie das Ziel ist, so bleibt er doch eine Möglichkeit im Falle des Scheiterns der Verhandlungen.
- Der IFE Vorstand hat sich für einen von beiden Parteien bezahlten Experten entschieden, der anscheinend nur die technische Seite abdeckt. Es ist vernünftig -für die, die Erfahrung mit Verhandlungen haben, mit den eigenen Fachleuten zu arbeiten. Ebenso wäre es mit gesundem Menschenverstand logisch gewesen, Maître Laurich in Anspruch zu nehmen, die sich in der Redevance -Angelegenheit auskennt, die sich als durchsetzungsfähig gezeigt hat und die darüber hinaus deutsch-französische Rechtsanwältin, also zweisprachig ist...
- Die Intransparenz der Redevance- Kommission, die mangelnde Absprache zwischen den Kommissionsmitgliedern, Geheimniskrämerei, das sind Kriterien und Verhaltensweisen, die in einem Verein vollkommen unangebracht sind.
- Wir haben (am 27. Mai 2014) unter Beachtung der Statuten (dringende Notwendigkeit!) einen formellen Antrag auf eine Außerordentliche Mitgliederversammlung gestellt. Diese AoMV wurde durch eine briefliche Abstimmung ersetzt. Wann findet sie statt? Diese Entscheidung des Präsidenten hat jeglichen Meinungs austausch in der Mitgliedergemeinschaft verhindert, was für ein objektives/sachliches Verständnis der Thematik nützlich gewesen wäre. Inzwischen sind die „Verhandlungen“ weitergelaufen, ohne etwas an den Grundlagen zu ändern.

### Was den Inhalt angeht:

- Die Gründer Euronats (Familie Lacroix und Familie Fort) haben sich für eine Handelsgesellschaft entschieden und nicht für ein Syndikat von Miteigentümern. Wir sind nur Nutzungsrechtsinhaber; die Firma Euronat muss Unternehmensregeln folgen und die Ausgewogenheit ihrer eigenen Mittel sicherstellen inklusive der Beteiligungen der Aktionäre, wenn es nötig wäre. Die Finanzkraft der Firma Euronat steht nicht in Frage, denn die Gesellschaft hat in den letzten Jahren die Ausschüttung von Dividenden an ihre Aktionäre weitergeführt...
- Wir haben einen Vertrag, der unser Nutzungsrecht definiert. Allerdings lautet Artikel IV-A (- der die Jahresgebühren definiert und im Grundbuchamt hinterlegt ist) in der 2004 geänderten Fassung wie folgt: "*Der Gesamtbetrag der jährlichen Gebühren beinhaltet das Nutzungsrecht, das Aufenthaltsrecht sowie Betriebskosten, **Wartung** und Animation.*" Dieser Artikel IV A (2004) enthält nicht mehr den Satz "*Das Unternehmen behält sich jedoch das Recht vor, eine Angleichung der Lasten vorzunehmen unter Berücksichtigung der Kosten, die sie tatsächlich zur Erhaltung der bestehenden Investitionen aufbringen müsste. Diese Angleichung erfolgt nach Prüfbericht des Rechnungsprüfers.*" Doch die Direktion Euronat zitiert diesen Satz regelmäßig unrechtmäßig, wie unsere Juristen festgestellt haben!
- Alle Verhandlungen müssen von dieser Rechtsgrundlage ausgehen, und die Direktion Euronat hat nicht die Möglichkeit, einseitig die Jahresgebühr zu erhöhen oder gar deren Grundlagen zu ändern, auch wenn der Verantwortliche der Redevancekommission das Gegenteil behauptet...

- Investitionen liegen eindeutig in der Verantwortung des Unternehmens, das sie tätigt. Sie tragen zur Wertsteigerung der Firma bei. Sie kann diese steuerlich geltend machen und so Rücklagen für zukünftige Investitionen bilden.
- Wir verweigern strikt jegliche Teilnahme an einem zusätzlichen Renovierungs-/Investitionsfond oder „Redevance travaux“ genannten Zahlungsmodell, was ein Freibrief ohne Kontrolle wäre und im Gegensatz zu unserer Vertragssituation als Nutzungsrechtsinhaber stünde. Dies wäre ein gravierender Präzedenzfall, aus dem die SAS Euronat in der Zukunft weitere Vorteile ziehen könnte (neue Steuern, Gebühren, Fonds...)
- **Das sind im Wesentlichen die Gründe dafür, die Vorschläge des Berichtes von Herrn Paquier abzulehnen!**

Begründung unseres Antrages (Anlage zu den Wahlunterlagen)

August 2014

J P VACANDARE

(für die IFE-Mitglieder, die beim Collectif unterschrieben haben)